

Der Reichsbanner schreibt: „Wir wollen, müssen ja immer in die Einheitsfrontstellung aller Arbeiters und Kämpfer gegen Diktatur und Faschismus einzutreten.“

Wachende Belebung

Die Belebung und Opposition in den Reihen der wählenden Reichsbannerer wächst von Woche zu Woche. Nach den nun vorliegenden Berichten nehmen Abschlüsse und Ausritte immer mehr zu. Allein in den letzten Tagen sind Abschlüsse und Ausritte erfolgt, von denen wie die wichtigsten werden.

In Berlin wurde der Sturm 88 wegen Mauertor aufgelöst. In der Ortsgruppe Andreaplatz wurden in den letzten Tagen 12 Mitglieder ausgeschlossen und 35 traten aus.

In Ulm wurden in den letzten Tagen erneut 60 Mann aus der SA ausgeschlossen, weil sie nicht mehr zum Dienst erscheinen sind. Auch in Hamburg kam es zu Mauertoren, vor allem in der Motorradstaffel der Standard 70.

In Flensburg sind seit der Reichstagswahl etwa 60 bis 70 SA- und SS-Leute ausgetreten bzw. ausgeschlossen worden.

Von besonderer Bedeutung ist die Belebung der RSBÖ. Die Auswirkung der Papenpolitik Hitlers zeigt sich bei dem noch im Betrieb stehenden Nazis besonders deutlich. So sind in der RSBÖ Sachsenhausen bei Frankfurt am Main in den letzten Tagen nicht weniger als 21 Mitglieder ausgetreten.

Ganzer SA-Sturm samt Führer aus der SA-Räte ein hinausgeworfen

In Oberwürttemberg, Kreis Waldenburg (Schlesien), befindet sich die SA-Räte Tannhausen. Die Tannhäuser SA-Leute verlangten von ihrer Führung Abkommen, die ihnen aber verwiesen wurden. Es entstand eine große Rebellion. Der Standartenführer Stod legte darauf die gesamte SA militärisch ihrem Sturmmarsch aus dem Hause und schlug dieses. Mit Handfeuerwaffen wurde gegen die rebellierenden SA-Leute vorgegangen.

In Wiesoal wurde der Führer des Sturms 17 plötzlich vom Sturmabteilungsleiter entlassen. Der SA-Leute bewährte sich eine große Erregung. Eine offene Mauertor gegen den Sturmabteilungsleiter legte ein. Auf offener Straße wurde er von SA-Leuten verprügelt. In Wiesoal kann er sich nur noch in Begleitung seiner zuverlässigen Freunde sehen lassen.

Naziproleten verlassen die Front der Streikbrecher

Beim hegezeitlichen Kampf der Belegschaft des Stahlwerkes Wittmann, Hagen-Halpe, der unter Führung der RSDÖ durchgeführt wurde, haben sich auch die Naziarbeiter am Streik und am Streikpossestehen beteiligt. Sie gegen den Willen der örtlichen Leitung des Nazi-Parteis, die vorher alles mögliche getan hatte, um die Naziproleten von der Beteiligung am Streik abzuhalten. Doch angesichts der erheblichen Stimmung der Arbeiterschaft konnten es die Naziführer nicht wagen, sich offen gegen den Streik zu erklären und damit unverhüllt für das Unternehmertum Partei zu nehmen, das den vereideten Arbeitern nochmals einen Teil des jämmerlichen Lohnes nehmen will. Die Naziführer hat in diesem Fall auch so getan, als ob sie im Kampf gegen Rohabbau auf Seiten der kämpfenden Arbeiterschaft stießen.

So kommt jetzt aus Schlesien die alarmierende Befürchtung, daß in Görlitz 40 Naziarbeiter ihre Mitgliedsbücher zerrissen haben, weil die Naziführer im Streik der niederschlesischen Metallarbeiter zum Streikbruch aufforderten. Die Leitung der NSBÖ (Nationalsozialistische Betriebsgewerbeorganisation) von Görlitz hatte ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Metallarbeiter zum Streikbruch aufgerufen wurden. Als in der NSBÖ-Sammelversammlung in Görlitz die Naziarbeiter dieses Flugblatt schwärz auf weiß vor sich haben, erhob sich ein Proteststurm gegen die Naziführung, und 40 Arbeiter zerrissen vor den Augen der Führer ihre Mitgliedsbücher.

Auch bei dem zwischenzeitlichen Regierung beendeten Streik der Maschinenfabrik Krause in Leipzig hatten die Naziführer zum Streikbruch kommandiert. Die meisten haben aber nach einigen Tagen den Naziführern die Belegschaft aufgelöst und sich am Streik beteiligt.

Das ist die Wahrheit über die SA-Zerlegung, von der Hitler noch vor kurzer Zeit in einem Befehl der obersten SA-Führung erklärte, daß die Meldungen darüber „in keiner Weise den Tatsachen“ entsprechen. Hitler wagte es, in diesem Befehl zu erläutern: „Die Reichs-SA steht in treuer Verbundenseit zur RSDÖ und zum obersten SA-Führer.“ Die Meldungen über Mauertore von SA-Stämmen, die sich häufen, sprechen eine andere Sprache.

Es gilt jetzt, all diese proletarischen Elemente, die, wenn auch noch unklar, erkennen, daß ihre Führer nicht ihre Interessen, sondern die des Kapitals vertreten, für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiters gegen Kapitalordnungen und faschistische Diktatur zu gewinnen.

Lebensmittel-Einfuhrbeschränkung

Das Agrarkapital bekommt die Möglichkeit schlimmster Preisstreikbereit

Die Papenregierung hat gestern das Erreichungsgesetz für Einfuhrkontingente und Zinsenkung fertiggestellt. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse soll für zahlreiche Lebensmittel starke Einfuhrbeschränkung bestehen.

Kapitalisten sollen die Zinsen für landwirtschaftliche Kredite in Summe von 300 Millionen Mark gehandelt bzw. gelentzt werden. Beide Maßnahmen bedeuten ein weiteres Milliardengehenk an die Großgrundbesitzer.

Die Beschlüsse werden durch den Reichsnährungsminister Freiherrn von Braun am 26. September 1932 in einer Rede in München bekanntgegeben werden.

Die bürgerliche Regierung hat außerdem ein Einfuhrverbot für Holz gefordert. Diese Forderung richtet sich in erster Linie gegen die Sowjetunion. Ob das Einfuhrverbot jetzt schon mit beschlossen worden ist, wird noch nicht mitgeteilt.

Krach im Papen-Lager

Exportindustrie gegen Agrarkapital

Der Krach der Reichsregierung verschärft die Gegenkräfte im kapitalistischen Lager. Die Regierung hat sich unter dem Druck der Exportindustrie bereit erklärt, für die wichtigsten Lebensmittel Einfuhrkontingente einzuführen, durch welche

„Wir wollen revolutionäre Kämpfer für die Sache des Proletariats sein“

Warum der Jungbannnerarbeiter Werner Schneider aus Röhrisch aus dem Reichsbanner ausgetreten ist

In diesen Tagen erklärt der bisher zum Jungbannnerarbeiter in Röhrisch bei Dresden gehörige Werner Schneider seinen Ausritt aus dem Reichsbanner. Schatzmeister. Diesen Ausritt begründet er in einer längeren Erklärung, die bestens von besonderer Bedeutung ist, weil sie das in immer härterem Maße in Bildsprach zur Reichsbannerförderung und deren Politik prägende Klientelenspielen vieler Reichsbannerarbeiter bewußt zum Ausdruck bringt.

So schreibt der Jungbannnerarbeiter Schneider in dieser Erklärung u. a.:

„Ich wollte mich im Jungbannner keinem belämmern, dieser Organisation eines löschenbunten und lässigmäßigen Betriebs zu geben und darüber hinaus im Rahmen des Reichsbanners die Gewalt zu verheißen, daß das Reichsbanner umgestaltet werden müsse zu einer Kampforganisation des klassenbewußten Proletariats. Bei meinem Eintritt hatte ich im Reichsbanner eine Kampftruppe des klassenbewußten Proletariats zu finden gehofft und hatte das Jungbannner als die Basisgruppe dieser Truppe angesehen. Ich bin aber eines bestellten belebt worden.“

Und dann schlägt der Jungbannnerarbeiter des näheren, wie ihm sowohl das innere Organisationsleben, als auch die gesamte politische Entwicklung die Augen geöffnet haben. Besonders empört schlägt er sich darüber, daß

der Vorsitzende der SED, Sellerau und der Vorsitzende des Reichsbanners, Kleider, Hettner anlässlich des SA- und SS-Berates erklärten haben, aus Röhrisch sich zu befreien der Gewalt und: „Wir haben keinen Endes wahrscheinlich immer noch Verbindungen mit der Regierung.“ (1)

Dies alles hat den Jungbannnerarbeiter Schneider zu jenem Entschluß geführt, von dem er in seiner Austrittserklärung selbst sagt: „Wenn uns als jungen Arbeitern erklärt wird, wir sollen die ausgebildenden Rektoren für die Schuhgarde der Republik sein, so müssen wir demgegenüber erlernen:“

So gilt vielmehr, daß wir revolutionäre Kämpfer für die Sache des Proletariats sind!“

Diese Erkenntnis mag zur Erkenntnis aller Reichsbannerarbeiter werden, die dem Schrift des Jungbannnerarbeiter Schneider folgen und in der kommunistischen Ulton-Wittreiter für die Sache des Proletariats sein müssen!

Kreis-Schuloführer und acht Reichsbannerarbeiter kommen zur RSDÖ

In Schweidnitz hielt am 15. September der rote Wahlkreiswahlkampf einen Appell ab. Für den gleichen Tag hatte die Reichsbannerleitung eine Versammlung aller Kommandos in dem gleichen Hotel einberufen. Nach einem Redner eines kommunistischen Genossen über die Bedeutung der kommunistischen Ulton sprach in der Diskussion der Kreis-Schuloführer, Kommando Thomae erläuterte sich mit den Ausführungen unteres Genossen einverstanden und hob besonders hervor, daß die Reichsbanneraraber über die schamhafte Kapitulation am 3. Juli aufs äußerste empört sind.

Der Komando Thomae gab die Erklärung ab, daß er am

15. September dem roten Wahlkreiswahlkampf teilte und mit acht Reichsbannerarbern kam. Die Reichsbannerarber waren hier sofort ihren Untertretern zur RSDÖ erlaubt.

Reichsbanner-Ortsgruppe Orlau aufgelöst

Die preußische Kommunistische Kriegsleitung hat bereits die preußische Reichsbanner-Ortsgruppe innerhalb weniger Tage aufgelöst. Dieses handelt es sich um die große Reichsbanner-Ortsgruppe Orlau, wo es am 10. Juli zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Reichsbannerarbeitern kam.

Die andere aufgelöste Reichsbanner-Ortsgruppe ist Radeberg in Pommern. Auch hier diente sie als Grund zur Auflösung ein Zusammenstoß zwischen Reichsbannerarbeitern und Nazi-Banden.

Die Auflösung von zwei Reichsbanner-Ortsgruppen ist ein Alarmzeichen für alle Arbeiter im Reichsbanner!

Reichsbannerarbeiter, wer war es, der den Anfang machte mit Verbots gegen proletarische Wehrorganisationen? Da war einer Kommando Seidenberg, der den Roten Frontkämpfer-Bund verbot, die einzige proletarische, antifaschistische Wehrorganisation! Das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes durch Seidenberg dient heute den Brocken und Papen als Werkzeug gegen das Reichsbanner. Sieht es diesen Erfahrungen die richtigen Lehren! Wenn diese Organisationen vor Verbots schützen wollen, dann müssen sie zusammen mit euren kommunistischen Kämpfengenossen gegen alle Verbote, die das Proletariat treffen und für die Freiheit aller Arbeitersorganisationen kämpfen! Schließt mit uns die Reihen zur massenhaften Einheitsfrontaktion!

„Dresdner Volkszeitung“ heult getroffen auf

Das in diesen Tagen von uns veröffentlichte Manifest der Kommunistischen Partei zur Einheitsfrontaktion gegen Antikommunismus und Kapitalistendiktatur ist der Dresdner Volkszeitung wichtig in die Taschen gelassen. In ihrer politischen Ausgabe verdrückt sie dieses Manifest an der Spitze der ersten Seite über drei ganze Spalten hinweg als einen „Auftrag zur Zeitplättigung“ hinzuholen, um seine starke Wirkung auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft abzufüllen. In dem zu diesem Zweck geschriebenen Artikel wiederholt die „Volkszeitung“ ihres oft verlegten Schwedels gegen die Kommunistische Partei, um direkt schließlich noch dem Beispiel Hilfskreis und anderer sozialistischer Gruppen die „Schuld“ an dem gewaltigen Elend der Massen auf die Schultern zu legen.

Wir werden im einzelnen auf dieses, die starke Wirkung des Manifests der RSDÖ in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter verrätende Gedicht der Volkszeitung noch zurückkommen und hoffen für heute nur eine Reihe wichtiger Tatsachen, vor allem einer Reihe von Überzeugungen sozialdemokratischer und sozialistischer Gruppen die „Schuld“ an dem gewaltigen Elend der Massen auf die Schultern zu legen.

Wir werden im einzelnen auf dieses, die starke Wirkung des Manifests der RSDÖ in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter verrätende Gedicht der Volkszeitung noch zurückkommen und hoffen für heute nur eine Reihe wichtiger Tatsachen, vor allem einer Reihe von Überzeugungen sozialdemokratischer und sozialistischer Gruppen die „Schuld“ an dem gewaltigen Elend der Massen auf die Schultern zu legen.

Grausiges Kinderelend in Deutschland

Rämpftum Leben und Gesundheit eurer Kinder. Rüttelt zur Internationalen Kinderwoche

In einer öffentlichen Versammlung in Torgau, Bezirk Halle-Merseburg, wurde ein Kampfausschuk gegen die Viehdezernatur gewählt. Dieser hat Erhebungen über die Lage besonders der Erwerbslosen und ihrer Kinder durchgeführt. Aus der Fülle des bisher gesammelten Materials nur zwei Beispiele:

Die Kinder müssen zu drehen im Bett schlafen

Miete bezahlt ich 7,80 Mark pro Monat. Wanzen, Mäuse, Ratten werden wir überhaupt nicht los. Drei Kinder im Alter von 2 bis 15 Jahren sind an Seuche erkrankt und liegen im Krankenhaus. Nach Abzug der Rente erhalten ich pro Person und Monat 7,73 Mark, das macht pro Woche 1,90 Mark oder täglich 29 Pfennig. Davon sollen wir leben. Das soll uns Goedede jetzt mal vornehmen. So schreibt eine Frau vom Reißiger Weg.

Ich habe 8 Kinder im Alter von 6 Wochen bis zu 12 Jahren. Für die ganze Familie 36 Quadratmeter Wohnraum. Bei der Unterstützung von 12,35 Mark pro Woche sollen wir alle leben. Das Ungeziefer in der Wohnung ist trotz aller Maßnahmen nicht wegzu bringen. Schwaben, Wanzen krabbeln in Tüpfen und Schränken, laufen über das Essen und verteilen uns noch den letzten Broden. Wir leben alle sehr summatisch aus.

Solche Beispiele liegen in Mengen vor. So wie in Torgau steht es überall in Deutschland aus. Höherer Sohn, Unterstützende Kleidung und Schuhwerk für den Kindergarten, ein tägliches warmer Mittagessen in der Schule für die Kinder der Erwerbslosen. Ein Kind aus der Eltern, dann die Mutter. Ein müssen andere Kinder etwas zu essen haben, Kleidung und Schuhe, dann müssen sie in die Schule gehen.

Organisiert den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschüler und Arbeiterschüler! Rüttelt zur Internationalen Kinderwoche vom 1. bis 2. Oktober.

In Hammelburg in Pommern haben schon seit August 150 Kinder im Eltern. Im Juli haben die Gewerkschaften und Kämpfer eine erfolgreiche Bildungsarbeitserkunft durchgeführt.

Als zur die Unterstützung nach der neuen Sozialversicherung wieder gefordert werden sollte, wurde neben der Verweigerung bei geforderten Unterstützungen und Mutterkredit auch der Schulkreis beschlossen.

Dresdner Lehrerverein protestiert gegen nachträgliche Gehaltszahlung

Der Dresdner Lehrerverein hat in seiner Versammlung eine Entschließung angenommen, in der er höchst empört gegen die nachträgliche Gehaltszahlung protestiert, die für Sachsen Beamte und Lehrer eingeführt wurde. In dieser Entschließung heißt es: daß diese Maßnahme eine weitere verschleierte Gehaltserhöhung bedeutet. Vorauszahlungen, wie Wohnungsmiete usw. seien nicht mehr möglich.

Die Lehrerschaft stellt mit bestätigter Entschließung dem gegenüber fest, daß die Papenregierung anderseits Milliardenhilfen für die Unternehmer ausgibt.

Trotz dieser sich bereits immer stärker anbahnenden Erinnerung kommt auch in dieser Resolution der Lehrerverein die Wissenswerte Erwartung zum Ausdruck, daß das Sezessionskabinett in wohlverstandener Staatsinteresse die Anstrengungen zur Unterstützung der nachträglichen Gehaltszahlung ablehnt.

Von solchen Illusionen gilt es sich frei zu machen. Die Lehrerschaft muß in engster Anlehnung an die Lehrerarbeitsgemeinschaften auf dem Wege des direkten Kampfes vorgehen.

Weitere Belegschaften im Streik

Am 22. September ist die Belegschaft der Schuhfabrik von Weinhagen in Westfalen gegen einen Betriebsausstieg in den Streik getreten. Der Kampf der etwa 150 Männer gegen Belegschaft wird in einheitlicher, gezielterer Kampfforme durchgeführt.

Die etwa 170 Männer der Belegschaft der Firma Breitkopf in Weinhagen beschloß bereits am gleichen Tage mit großer Mehrheit die Rückziehung der Arbeit.